

Niederschrift öffentlicher Teil

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten führte seine Sitzung am Dienstag, dem 07.09.2021, im Saal des Verwaltungsgebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 10, Hansestadt Osterburg (Altmark) durch.

Beginn: 19:03 Uhr

Ende: 20:13 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Vorsitz

Handtke, Michael

Stimmberechtigte Mitglieder

Brehmer, Stefan

Emanuel, Ina

Engel, Sven

Janas, Horst

Matzat, Sandra

Vertretung für Steffen Seifert

Sachkundige Einwohner

Leier, Peter

Müller, Sabrina

Riemann, Dirk

Siegmanski, Matthias

Verwaltungsangehörige

Kränzel, Detlef

Gäste

Altmark-Zeitung

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Matz, Dirk

Seifert, Steffen

entschuldigt

entschuldigt, Vertretung Stefan Brehmer

Mitglied mit beratender Stimme

Fritze, Mathias

entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Behrends, Konrad

Braune, Lothar

entschuldigt

entschuldigt

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 29.06.2021
4. Einwohnerfragestunde
5. Neugestaltungsgrundsätze im Flurbereinigungsverfahren "A14 - Krevese"
Vorlage: III/2021/277
6. Parkraumbewirtschaftung des Lindenparkplatzes
7. Beratung über Investitionen 2022 ff.
8. Erfüllungsstand Investitionen 2021
9. Information zum Ausführungsstand Beschlussvorlage III/2021/218 - Erstellung verkürzte Jahresabschlüsse
10. Informationen, Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten um 19:03 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Herr Handtke stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 6 stimmberechtigte Mitglieder sowie 4 sachkundige Einwohner anwesend. Herr Stefan Brehmer nimmt in Vertretung für Herrn Steffen Seifert als stimmberechtigtes Mitglied an der Sitzung teil. Herr Handtke verweist auf die Verhaltensregeln bei bestehenden Mitwirkungsverbote.

2. **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird ohne Änderung einstimmig festgestellt.

Abstimmungsergebnis:
ungeändert beschlossen
Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 29.06.2021

Die Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 29.06.2021 wird ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
ungeändert beschlossen
Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1

4. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende unterbricht die Tagesordnung und eröffnet die Einwohnerfragestunde. Da keine Einwohner anwesend sind, schließt er die Einwohnerfragestunde und geht wieder zur Tagesordnung über.

5. Neugestaltungsgrundsätze im Flurbereinigungsverfahren "A14 - Krevese" Vorlage: III/2021/277

Der Vorsitzende berichtet, dass der Bauausschuss der Vorlage zugestimmt hat und erläutert den Sachverhalt anhand der Karte.

Auf die Nachfrage von Herrn Brehmer und Herrn Janas, dass ein Stück des W08 in der Umsetzung fehlt, antwortet Herr Kränzel, dass in dem Verfahrensgebiet sich nur ein Teil dieses Weges befindet. Weiterhin informiert Herr Kränzel dass mit dieser Vorlage die Neugestaltungsgrundsätze beschlossen werden. Die Detailfragen werden anschließend im Wege- und Gewässerplan geklärt.

Herr Handtke führt aus, dass der Bauausschuss den Beschlusstext wie folgt ergänzt hat:

Die Entwurfparameter der Richtlinie für den Ländlichen Wegebau von August 2016 (RLW 2016), die als nutzbare Fahrbahnbreite für Hauptwirtschaftswege mindestens 3,50 m vorsehen, sind als Mindestanforderung für alle ländlichen Wege umzusetzen.

Er lässt mit dieser Ergänzung über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage mit der Änderung einstimmig an den Stadtrat weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt den Neugestaltungsgrundsätzen für das Flurbereinigungsverfahren „A14 – Krevese“, Verfahrens-Nr.: 37SAW 806 nach § 38 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) vom 03.08.2021 mit folgender Änderung zuzustimmen:

- Verlegung bzw. Anpassung der Maßnahmen W09, L02 und L01 in Bezug auf die Änderung zur Bauleitplanung in Verbindung mit der Errichtung eines Autohofes östlich der A14-Auffahrt und nördlich der L13
- die Entwurfparameter der Richtlinie für den Ländlichen Wegebau von August 2016 (RLW 2016), die als nutzbare Fahrbahnbreite für Hauptwirtschaftswege mindestens 3,50 m vorsehen, sind als Mindestanforderung für alle ländlichen Wege umzusetzen

Abstimmungsergebnis:
geändert beschlossen
Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

6. Parkraumbewirtschaftung des Lindenparkplatzes

Herr Handtke informiert über den Baufortschritt auf dem Lindenparkplatz und erteilt zur zukünftigen Bewirtschaftung der Parkflächen Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel informiert über die Regelungen zur Parkplatzbewirtschaftung und den Parkplatzbestand. Für den Lindenparkplatz sind zukünftig Anwohnerausweise vorgesehen. Die Befristung der Anwohnerausweise soll von 2 auf 1 Jahr gekürzt werden. Die Gebühr soll 30,00 €/Jahr betragen. Lt. den Verwaltungsvorschriften dürfen 25% der Parkplatzkapazität für Parkausweise genutzt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Handtke informiert Herr Kränzel, dass auf dem Parkplatz Wasserstraße 30 Parkplätze und auf dem Lindenparkplatz 80 Parkplätze zur Verfügung stehen.

Zu der Anregung von Frau Matzat und Herrn Brehmer hinsichtlich Arbeitnehmerparkplätze erläutert Herr Kränzel die rechtlichen Rahmenbedingungen. Er wird folgende beiden Möglichkeiten

1. Parkausweis für Geschäftsinhaber bzw. Mitarbeiter
2. Parkplatzanmietung durch Unternehmer

prüfen lassen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses über das Ergebnis informieren.

Herr Janas möchte wissen, auf welche Kriterien sich der Anwohnerausweis bezieht – personenbezogen oder wohnungsbezogen. Herr Kränzel erläutert, dass dieser an den Fahrzeughalter und das Fahrzeug bzw. Kennzeichen gebunden ist.

7. Beratung über Investitionen 2022 ff.

Der Vorsitzende fragt, ob die Investitionsplanung aus dem Haushalt 2021 noch Bestand hat oder es bereits Änderungen gibt.

Herr Kränzel erläutert, dass sich die Investitionsplanung zu jeder Haushaltsplanung ändert. Die Investitionsplanung für das Haushaltsjahr 2022 ist jedoch noch in Abstimmung. Herr Kränzel erläutert anhand der Maßnahme zu den Einstiegshilfen,

wie lange sich solche Maßnahmen hinziehen und welche Änderungen sich dadurch in der Planung ergeben können.

Frau Matzat weist darauf hin, dass der Kaufpreiserlös in Höhe von 405.000 € aus der Planung gestrichen werden kann. Sie fordert, dass man den Fokus auf die Maßnahmen Rathaus und Hort setzt. Herr Engel vertritt die gleiche Auffassung und sagt, dass der Stadtrat sich neu positionieren muss.

Herr Kränzel informiert, dass die Ortsituation zum Hort kundgetan wurde und die Beschlussfassung zum Thema Hort in der jetzigen Beratungsfolge wegweisend sein wird. Zu beachten ist der tagaktuelle Beschluss der Regierung, ab 2026 Ganztagschulen einzuführen. Das bedeutet, dass sich die äußeren Rahmenbedingungen geändert haben. Verwaltungssitz und Hort stehen im engen Zusammenhang und müssen parallel betrachtet werden.

Frau Matzat möchte wissen, ob ein Sanierungsträger benötigt wird und erinnert an den Anbau der Lindensporthalle. Herr Kränzel antwortet, dass der Beschluss zur Aufhebung der Sanierungsatzung in der jetzigen Beratungsfolge gefasst werden soll. Der Anbau der Lindensporthalle ist in Arbeit.

Weitere Anregungen zu den Investitionen 2022 gibt es nicht.

8. Erfüllungsstand Investitionen 2021

Der Vorsitzende informiert, dass zum Erfüllungsstand der Investitionen eine Tischvorlage vorgelegt wurde und erteilt Herrn Kränzel das Wort. Herr Kränzel erläutert anhand einer Excel-Übersicht den Erfüllungsstand der wesentlichen Positionen.

Herr Handtke bedankt sich für die Ausführungen und die erstellte Übersicht.

9. Information zum Ausführungsstand Beschlussvorlage III/2021/218 - Erstellung verkürzte Jahresabschlüsse

Der Vorsitzende erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel führt aus, dass die Jahre 2015 und 2016 abgeschlossen sind. Im Jahr 2017 erfolgen derzeit im Bereich Fibu/GBH Restarbeiten in der Investitionsrechnung. Die Fertigstellung des Jahres 2017 ist für die 39. KW vorgesehen. Des Weiteren wird in der Anlagenbuchhaltung parallel in den Jahren 2018 – 2020 gearbeitet. Derzeit liegt man 14 Tage hinter dem vorgesehenen Zeitplan. Die Verschiebung liegt in Urlaub und Krankheit begründet. Ziel ist weiterhin bis zum Jahresende zum Abschluss der alten Jahre zu kommen.

Herr Leier möchte wissen, ob die nun festgestellten Zahlen den vorläufigen Zahlen entsprechen. Der Kämmerer antwortet, dass die festgestellten Ergebnisse positiver ausfallen.

Frau Matzat fragt, ob die Unterlagen für 2015 und 2016 bereits zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Kränzel antwortet, dass eine Blockprüfung durch das RPA vorgesehen ist.

Herr Leier hinterfragt, ob der Haushaltsplan 2022 wieder zur Beschlussfassung gebracht wird ohne dass der Stadtrat die vorl. Ergebnisse für 2016 ff. kennt. Nachdem der Kämmerer dies bejaht, kritisiert Herr Leier diese Vorgehensweise. Der Kämmerer macht deutlich, dass dafür der Beschluss zu den gekürzten Jahresabschlüssen gefasst wurde. Wenn nun die Erwartungshaltung die ist, dass der Haushalt 2022 erst mit Vorliegen der geprüften Ergebnisse eingebracht wird, dann ist dieses nicht im I. Quartal 2022 machbar. Die vorläufigen Zahlen wurden dem Stadtrat bekannt gegeben.

Frau Matzat möchte wissen, warum eine Blockprüfung erfolgt, da diese nicht durch den Stadtrat beschlossen wurde. Herr Kränzel antwortet, dass das Rechnungsprüfungsamt sich für eine Blockprüfung entschieden hat.

Herr Leier möchte wissen, ob die gravierenden Abweichungen der Jahresergebnisse zu den Planansätzen analysiert wurden. Der Kämmerer erläutert die Abweichungen.

Weitere Fragen gibt es nicht.

10. Informationen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel informiert zur Anfrage aus der letzten Sitzung hinsichtlich der Verkehrsberuhigung in der Ernst-Thälmann-Straße. Im Ergebnis der Prüfung werden weder verkehrliche noch bauliche Maßnahmen vorgenommen, da nach verstärkter Beobachtung des Verkehrs kein Handlungsbedarf besteht. Ziel ist der reibungslose Schülerverkehr.

Weitere Informationen seitens der Verwaltung gibt es nicht.

Der Vorsitzende fragt nach Anfragen und Anregungen aus dem Ausschuss.

Frau Matzat berichtet, dass in der Stadt Gerüchte kursieren, dass gegenüber der Stadt Osterburg Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden sollen zum Thema Garagen. Sie fragt ob Schadensersatzansprüche möglich sind und dazu bereits Prüfungen erfolgt sind. Herr Kränzel antwortet, dass bisher keine Schadensersatzansprüche geltend gemacht wurden. Eine Prüfung erfolgte noch nicht. Für ihn ist derzeit auch nicht erkennbar, dass sich Ansprüche ergeben könnten.

Frau Matzat möchte wissen, ob sich aus der fehlenden Einhaltung von DIN-Vorschriften in einigen Feuerwehrgerätehäusern Probleme ergeben könnten. Sie möchte neben dem Gerätehaus in Rossau keine weiteren Gerätehäuser nennen.

Herr Kränzel fordert einen offenen Umgang mit dieser Thematik. Es gibt mehrere Ortswehren, wo die DIN-Vorschriften nicht eingehalten werden. Gegenüber der Feuerwehrunfallkasse muss nachgewiesen werden, dass alle Anstrengungen zur Beseitigung ohne schuldhaftes Verzögern unternommen wurden. Es müssen alle Ortswehren betrachtet werden und Prioritäten gesetzt werden. In Abstimmung mit dem Wehrleiter sind dann Regelungen für die jeweiligen Ortswehren zu treffen. Schwerpunkt bei dieser Thematik ist, dass sowohl in Rossau als auch in Erxleben die Mindestanforderungen nicht erfüllt sind.

Herr Engel berichtet, dass er derzeit mit Herrn Kränzel nach Lösungen sucht, die Ortswehr Rossau vor Ort besichtigt hat und Informationen sammelt.

Frau Matzat sagt, dass es wichtig ist, darüber zu kommunizieren, dass man an dem Sachverhalt arbeitet.

Herr Leier hinterfragt die Umstände zu dem Artikel in der Presse hinsichtlich der Videoüberwachung auf dem Hilliges-Platz. Herr Kränzel informiert, dass auf Hinweis von Herrn Chris Schulenburg der CDU-Fraktion der Datenschutzbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt das Thema aufgegriffen hat. Die von der Stadt Osterburg auf dem Schild ausgewiesene Rechtsgrundlage war auf Hinweis des Datenschutzbeauftragten zu korrigieren. Des Weiteren sollte die Erfordernis der Überwachung geprüft werden. Die Prüfung hat ergeben, dass die Überwachung des Vermögensschutzes dient und somit weiterhin erforderlich ist. Dieses wurde dem Datenschutzbeauftragten schriftlich mitgeteilt.

Herr Leier möchte wissen, wie es mit der gemieteten Technik weitergeht.

Herr Kränzel antwortet, dass dazu derzeit eine Beschlussvorlage für die nächste Beratungsfolge vorbereitet wird.

Außerdem möchte Herr Leier wissen, wann eine Abrechnung der Leistungen der KITU erfolgt.

Herr Handtke berichtet, dass Frau Müller bereits vor der Sommerpause ein Abriss zu den Leistungen der KITU abgegeben hat. Sie hat einen Überblick der Kosten- und Leistungen. Eine Information erfolgt zur nächsten Sitzung.

Michael Handtke
Vorsitzende/r

i.V. S.Malzahn
Protokollant